

# Kampagne zum Ausschluss Kubas aus dem UN-Menschenrechtsrat angeprangert

<https://islamiacu.blogspot.com/2022/04/denuncian-campana-para-expulsar-cuba.html>

**Norelys Morales Aguilera.**- Wie bereits in diesem Blog veröffentlicht wurde, bereiten die Vereinigten Staaten **neue Schandtaten gegen Kuba** vor. Am 18. April postete der Politikwissenschaftler **Katu Arkonada** auf [Twitter](#), er habe aus Washington die Bestätigung erhalten, dass die USA über die **NED ein Projekt gegen Kuba, Nicaragua, Venezuela und Bolivien** finanzieren.


Im Falle Kubas heißt sie **#IslaPrisión** und zielt darauf ab, Kuba aus dem UN-Menschenrechtsrat auszuschließen.

In einem Thread im sozialen Netzwerk **Arkonada** wird darauf hingewiesen, dass das Projekt Teil einer Säuberungsstrategie für die jüngste Abstimmung gegen den Austritt Russlands aus dem UN-Menschenrechtsrat ist.

Im Falle Kubas ist ihr Hauptförderer **Orlando Gutiérrez Boronat**, der Anführer der terroristischen Organisation **Cuban Democratic Directorate** mit Sitz in Miami.

Die **Kubanische Demokratische Direktion**, die die USA zu einer militärischen Intervention in Kuba aufgerufen hat, ist ein Kanal der bekannten antikubanischen Lobby **Cuban American National Foundation (CANF)**. Sie erhielt (öffentlich) 650.000 USD vom **NED** im Jahr **2021**.

Die Kubanische Demokratische Direktion, die die USA zu einer militärischen Intervention in Kuba aufgerufen hat, ist ein Kanal der bekannten antikubanischen Lobby Cuban American National Foundation. ([@vozdelafnca](#)) us

El DDC recibió (públicamente) en 2021 de la [@NEDemocracy](#) 650.000 USD   
<pic.twitter.com/RgQhLEYuzs>

— **Katu Arkonada** (@KatuArkonada) [April 18, 2022](#)

Der Politikwissenschaftler fügt hinzu, dass das Projekt **#IslaPrisión** kein eigenes Projekt des DDC ist, sondern Teil einer globalen Strategie des Außenministeriums.

Das **#IslandPrison**-Projekt ist kein DDC-Projekt, sondern Teil einer Gesamtstrategie des Außenministeriums

In Europa sind sie über die NRO "**Center for a Free Cuba**" tätig. ([@cubacenter](#)), "**Observatorio Cubano de Derechos Humanos**" ([@observacuba](#)) y "**Cuban Prisoners Defender**" eu <pic.twitter.com/dMP8xN8pfM>

— Katu Arkonada (@KatuArkonada) [April 18, 2022](#)

Die zentrale Idee des Plans **#IslaPrisión** ist die Verurteilung Kubas vor dem UN-Menschenrechtsrat, der am Dienstag, den 19. April in Genf tagt. Zu diesem Zweck sind **Gutiérrez Boronat** und andere Mitglieder des gewalttätigsten Sektors der ultrarechten Maya bereits in der Schweiz.

Zusätzlich zu einer Medienkampagne beabsichtigen sie, in Genf manipuliertes audiovisuelles Material über die Unruhen in Kuba am 11. und 12. Juli 2021 zu zeigen, mit Zeugenaussagen von Angehörigen von Personen, die wegen der gewalttätigen Ereignisse verhaftet und verurteilt wurden.

Für Arkonada entsteht nach der Medienoffensive und im Menschenrechtsrat Druck auf einige Außenministerien und das Europäische Parlament, sich der "**Endlösung**" der USA anzuschließen.

**Sie wollen Kuba ausweisen, aber auch die Kooperationsabkommen zwischen Kuba und der EU beenden.**

**Der Sachverständige kommt zu dem Schluss:** *"Wenn es schon heuchlerisch ist, dass die Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien Russland aus dem Menschenrechtsrat ausschließen, so erscheint es noch unmoralischer, denselben Organisationen eine Stimme zu geben, die eine militärische Intervention in Kuba befürworten, aber die Folterungen in der illegalen Basis **Guantánamo** nicht verurteilen".*

Übersetzt mit DEEPL

# Auszug aus dem aktuellen CUBA 2021 HUMAN RIGHTS REPORT der US-Regierung

## Section 1. Respekt vor der Integrität der Person

### a. Willkürlicher Entzug des Lebens und andere ungesetzliche oder politisch motivierte Tötungen

Es gab zahlreiche bestätigte Berichte, wonach die Regierung oder ihre Vertreter willkürliche oder ungesetzliche Tötungen begangen haben.

Am 12. Juli erschoss ein Polizeibeamter **Diubis Laurencio Tejeda**, einen unbewaffneten Afrokubaner im Havanna-Viertel Guinera. Die staatliche Website **Cubadebate** bestätigte den Tod des 36-jährigen Mannes, bezeichnete Tejeda jedoch als Kriminellen, der wegen Verachtung, Diebstahls und ordnungswidrigen Verhaltens vorbestraft sei. Die Regierung berichtete weiter, dass organisierte Gruppen von Kriminellen versucht hätten, die örtliche Polizeistation anzugreifen, Häuser verwüstet und Brände gelegt hätten und Agenten und Zivilisten mit Messern, Steinen und stumpfen Waffen angegriffen hätten. Das **unabhängige Medienunternehmen Diario de Cuba** konnte Zeugenaussagen einholen und Dokumente beschaffen, die der offiziellen Darstellung widersprachen. Ein Staatsanwalt erklärte, der Polizeibeamte habe in Selbstverteidigung gegen einen direkten Angriff gehandelt, und der Beamte wurde von allen Anschuldigungen freigesprochen.

Am 1. November gab der Onkologe **Carlos Leonardo Vazquez Gonzalez**, auch bekannt als "**Agent Fernando**", im staatlichen Fernsehen zu, 25 Jahre lang als Informant für die Staatssicherheit gearbeitet zu haben. Nach Vazquez' Geständnis **meldeten sich mehrere Quellen und beschuldigten ihn glaubhaft**, Dissidenten absichtlich die medizinische Versorgung zu verweigern. **Freunde und Verwandte** der verstorbenen Aktivistin **Laura Pollan** und unabhängige Journalisten **beschuldigten** Vazquez und andere Ärzte, an ihrem Tod im Jahr **2011** beteiligt gewesen zu sein und **die ärztliche Bescheinigung über den Tod gefälscht zu haben**.

### b. Verschwindenlassen

Es gab bestätigte Berichte über das langfristige Verschwindenlassen von Personen durch oder im Auftrag von Regierungsbehörden. Es gab mehrere Berichte über inhaftierte Aktivisten, **deren Verbleib tagelang oder wochenlang unbekannt war**, weil die Regierung diese Verhaftungen nicht registrierte, von denen viele an nicht registrierten Orten stattfanden.

Die beispiellosen und spontanen Proteste, die am 11. Juli ausbrachen, wurden mit systematischer und gewaltsamer Unterdrückung beantwortet. Am 14. Juli forderte der UN-Ausschuss für das Verschwindenlassen von Personen die Regierung auf, dringend

Maßnahmen zu ergreifen, da in den vergangenen Tagen 187 Personen verschwunden sein sollen. Der Ausschuss setzte der Regierung eine Frist bis zum 24. August, um auf die Anfrage zu reagieren, doch die Regierung hat nicht geantwortet.

### **C. Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung**

Es gab immer wieder Berichte darüber, dass **Angehörige der Sicherheitskräfte und ihre Agenten** Menschenrechts- und Demokratieverteidiger, **politische Dissidenten und friedliche Demonstranten schikanierten, einschüchterten und körperlich angriffen**, und dass sie dies ungestraft taten. Einige Häftlinge und Gefangene mussten körperliche und sexuelle Misshandlungen durch Gefängnisbedienstete oder andere Insassen erdulden, die von den Wärtern veranlasst wurden. Obwohl das Gesetz Nötigung bei Ermittlungsverhören verbietet, **griffen Polizei und Sicherheitskräfte während der Verhöre zuweilen auf aggressive und körperlich missbräuchliche Taktiken, Drohungen und Schikanen zurück. Häftlinge berichteten, dass Beamte sie mit der Androhung einer langfristigen Inhaftierung, dem Verlust des Sorgerechts für Kinder, der Verweigerung der Ausreiseerlaubnis und anderen Strafen einschüchterten.**

Am 11. Juli verhaftete die Polizei gewaltsam **Gabriela Zequeira Hernandez**, eine 17-Jährige, **die die Proteste auf dem Heimweg vom Friseur beobachtete**. Bei ihrer Einlieferung in das Cien y Alabo-Gefängnis, wo sie 10 Tage ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten wurde, **zwangen die Behörden sie, ihre Kleidung auszuziehen und einen Finger in ihre Vagina zu stecken, um zu überprüfen, ob sie nichts verheimlicht**. Die Beamten unterbrachen immer wieder ihre Versuche zu schlafen, und **ein Beamter machte sexuelle Anzüglichkeiten** und drohte ihr mit sexueller Gewalt. Wegen der Teilnahme an den Demonstrationen wurde sie **zu 8 Monaten Hausarrest** wegen *"Störung der öffentlichen Ordnung"* verurteilt.

Am 12. Juli verhafteten und verprügelten uniformierte Polizisten **Maria Cristina Garrido Rodriguez** und ihre Schwester **Angelica Garrido Rodriguez** wegen ihrer Teilnahme an den Protesten vom 11. Juli in Quivican. **Angelica wurde durch die Schläge 3 X ohnmächtig**. Sie brachten die Schwestern zu einer Polizeistation, **wo Maria Cristina erneut geschlagen wurde**. Am Nachmittag brachte die Polizei sie in das Gefängnis **"del Sida"** in San Jose de las Lajas, **wo eine Wärterin Maria Cristina schlug**. Die Behörden steckten sie dann **in eine Zelle, die so klein war, dass sie weder sitzen noch liegen konnte, und sie begann, starke Kopfschmerzen zu bekommen**. Später zwangen sie sie wiederholt, **"Es lebe Fidel!" zu rufen**. Die Behörden beschuldigten beide Schwestern der Störung der öffentlichen Ordnung, des Widerstands, der Verbreitung einer Epidemie, des Angriffs und der Organisation von Protesten, obwohl sie keine Beweise gegen sie hatten.

Während der schlimmsten Welle der COVID-19-Pandemie im Lande berichteten Gefangene, dass sie in Gemeinschaftszellen zusammengepfercht wurden und **nur 2 Tassen Wasser zur Verfügung hatten**, und dass sie wegen ihrer Teilnahme an einer Protestaktion der *"Verbreitung einer Epidemie"* beschuldigt wurden. **Die Gefangenen berichteten, dass ihnen gesagt wurde, sie würden erst freigelassen, wenn die Wunden, die sie durch Schläge der Polizei erlitten hatten, verheilt seien**. Anderen wurde gesagt, dass der örtliche Leiter der **Comites de Defensa de la Revolucion (Komitees zur Verteidigung**

**der Revolution, lokale Gruppen, die zur politischen Überwachung eingesetzt werden)** benachrichtigt werden würde, wenn sie freigelassen würden.

Staatliche Sicherheitsbeamte wurden häufig in Länder wie **Venezuela** und **Nicaragua** entsandt, wo sie andere Organisationen in der Anwendung von repressiven Taktiken und Menschenrechtsverletzungen ausbildeten und unterstützten und manchmal auch direkt an den Verstößen beteiligt waren. Mitglieder der kubanischen Sicherheitskräfte, die in die Sicherheits- und Nachrichtendienste des Maduro-Regimes in Venezuela eingebettet waren, trugen maßgeblich dazu bei, die venezolanische Generaldirektion für militärische Spionageabwehr (DGCIM) in eine große Organisation zu verwandeln, die sich auf die Überwachung der Venezolaner und die Unterdrückung abweichender Meinungen konzentriert. In UN-Berichten wurde die **DGCIM** der Folter beschuldigt, und viele ehemalige venezolanische Gefangene berichteten, dass Kubaner, die an ihrem unverwechselbaren Akzent zu erkennen waren, die Überwachung übernahmen, während DGCIM-Mitarbeiter Gefangene folterten.

Straflosigkeit war allgegenwärtig. Es waren keine Fälle bekannt, in denen Regierungsbeamte wegen Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung, strafrechtlich verfolgt wurden.

Die Bedingungen in den Gefängnissen und Haftanstalten waren hart und lebensbedrohlich. Es gab glaubwürdige Berichte über Übergriffe durch Gefängnisbeamte, Überbelegung und Mängel in den Einrichtungen, den sanitären Anlagen und der medizinischen Versorgung.

Die Regierung veröffentlichte keine offiziellen Statistiken über ihre Gefängnisse und erlaubte internationalen Beobachtern nicht, diese zu inspizieren. Die Regierung machte keine Angaben über die Anzahl, den Standort oder die Kapazität von Haftanstalten, einschließlich Gefängnissen, Arbeitslagern und anderen Arten von Hafteinrichtungen. Die in Spanien ansässige Nichtregierungsorganisation (NRO) **Cuban Prisoners Defenders** schätzt, dass die Regierung über mehr als 200 solcher Einrichtungen verfügt.

**Physische Bedingungen:** Berichten zufolge mangelte es in den Gefängnis- und Arrestzellen an **angemessenem Wasser, sanitären Einrichtungen, Licht, Belüftung und Temperaturkontrolle**. Obwohl die Regierung einige Lebensmittel und medizinische Versorgung zur Verfügung stellte, waren viele Gefangene auf ihre Familien angewiesen, um Lebensmittel und andere grundlegende Dinge zu erhalten. Trinkwasser war oft nicht verfügbar. Die Gefängniszellen waren überfüllt. Frauen berichteten, dass sie keinen Zugang zu weiblichen Hygieneartikeln hatten und **nicht ausreichend vorgeburtlich betreut wurden**. Die Gefängnisbeamten verweigerten auch willkürlich Freunden, Familienangehörigen und diplomatischem Personal den Zugang zu den Gefangenen und begründeten dies mit COVID-19.

Der regimekritische Künstler **Hamlet Lavastida** sagte, er teile sich mit 3 anderen Gefangenen eine 10 mal 2,5 Meter große Zelle. Ein weißes Licht blieb rund um die Uhr an, während in der Nähe ständig und **lautstark Regierungspropaganda lief**. Während die Gefangenen täglich für 10 Minuten nach draußen gehen durften, erlaubten die Gefängnisbehörden Lavastida während seiner dreimonatigen Haft nur 5 Mal, nach draußen

zu gehen. Gefangene, Familienangehörige und Nichtregierungsorganisationen berichteten von einer unzureichenden Gesundheitsversorgung in den Gefängnissen, die zu zahlreichen Krankheiten führte oder diese verschlimmerte. Die Gefangenen berichteten über **Ausbrüche von Dengue-Fieber, Tuberkulose, Hepatitis und Cholera**. Unkontrollierte Ausbrüche von COVID-19 wüteten in mehreren Haftanstalten. Es gab **Berichte über den Tod von Gefangenen** infolge behördlicher Gleichgültigkeit gegenüber behandelbaren Krankheiten wie Asthma, HIV, AIDS und anderen chronischen Krankheiten sowie über Selbstmord.

Die Behörden stellten, wenn überhaupt, nur selten Medikamente zur Verfügung. **Radio Marti** berichtete, dass die Gefängnisbeamten in Cienfuegos **Carlos Samir Cardenas Cartalla**, dem Koordinator der politischen Gruppe der **Kubanischen Union (UNPACU)** in Camaguey, medizinische Hilfe verweigerten. **Politische Gefangene** wurden gemeinsam mit der allgemeinen Gefängnisbevölkerung festgehalten. **Politischen Gefangenen**, die sich weigerten, die übliche Gefängnisuniform zu tragen, wurden bestimmte **Privilegien verweigert**, wie z. B. Familienbesuche, Zugang zu Gefängnisbibliotheken, Strafmilderung oder die Verlegung von einem Hochsicherheitsgefängnis in ein Gefängnis mit mittlerer Sicherheitsstufe. Es gab glaubwürdige Berichte über Übergriffe von Gefängnisbeamten auf Häftlinge. **Politische Gefangene** berichteten auch, dass sie von Mitgefangenen auf Anweisung oder mit Genehmigung der Gefängnisbehörden bedroht, geschlagen, eingeschüchtert und schikaniert wurden.

Gefangene berichteten, dass **Isolationshaft** eine übliche Strafe für die Nichteinhaltung von Gefängnisvorschriften sei, und einige Gefangene wurden monatelang isoliert. Einige Gefangene wurden in Isolationshaft gehalten, ohne dass sie bis zu ihrer Freilassung Kontakt zu Freunden oder Familienangehörigen aufnehmen konnten. **Die Regierung setzte Gefangene, die die Regierung kritisierten oder sich an Hungerstreiks und anderen Formen des Protests beteiligten**, längeren Einzelhaftstrafen, wiederholten Verhören, Übergriffen, Einschränkungen bei Familienbesuchen und der Verweigerung medizinischer Versorgung aus.

Übersetzt mit DEEPL